



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Caden / Gegründet 1704

Schrieftleitung und Verlag: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26. Fernsprecher: Ortverkehr Dönhoff (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ulsteinbau, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

# Berlin

Berzugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeb. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] . Nr 479

SONNABEND, 7. OKTOBER 1933

MORGEN-AUSGABE

## Deutschland will Gleichberechtigung

Ein Schritt in Rom und London

### Keine Gegenorschläge

Meldungen aus Genf und Paris laßen heute in der Abtütungsfrage neue Verwirrung hervorgerufen, indem sie von deutschen Gegenorschlägen berichten, die in London und Rom überdacht worden seien. Deutsche Gegenorschläge sind, worauf in Berliner politischen Kreisen hingewiesen wird, ein politischer Unsinn, den Frankreich in der Diskussion der letzten Wochen aus laßlichen Gründen wiederholt ausgesprochen hat.

Im Wirtlichkeitsfeld hat sich nichts weiter abgepielt, als daß der deutsche Gesandtschaftsträger in London, Fürst Bismarck, dem englischen Außenminister die Auffassung Deutschlands in der Abtütungsfrage mitgeteilt und mit ihm die Freuden durchgesprochen hat, die in der nächsten Woche in Genf zur Behandlung kommen. Dabei ist diese deutsche Auffassung dahin zu präzisieren, daß Gegenorschläge von deutscher Seite nicht zu machen sind, da Deutschland an seinem bisherigen Standpunkt festhält. Erklärungen über die Abtütung und insbesondere über die Bereitwilligkeit zur Abtütung müßten nun erst von der Gegenseite abgegeben werden. Ebenso wie in London sind in Rom die gleichen Mitteilungen über den deutschen Standpunkt gemacht worden.

Daß diese Mitteilungen erfolgt, geht daraus hervor, daß sowohl in englischer wie von italienischer Seite wiederholt um eine Präzisierung der deutschen Auffassung gebeten worden war. Es liegt also kein Grund für französische

Beschwerden darüber vor, daß ähnliche Mitteilungen nicht auch in Paris erfolgt sind. Deutschland hat seinen Standpunkt somit nur noch einmal den Mächten mitgeteilt, die das ausdrücklich gemüßigt hatten. Auch hinsichtlich der Lösung Deutschlands die praktischen Schwierigkeiten gesehen und betanlagt haben, in welchem Maße sie selbst abtütten wollen. Es ist daran zu erinnern, daß der MacDonald-Plan für die Abtütung feinerzeit von allen Mächten als Diskussionsgrundlage angenommen worden ist.

Dieser deutsche Standpunkt ist unverändert. Deutschland kann überhaupt keine Vorschläge über Einzelfragen des Abtütungsproblems machen, solange die anderen Mächte nicht aus der grundsätzlichen Anerkennung der Forderungen gegangen und betanlagt haben, in welchem Maße sie selbst abtütten wollen. Es ist daran zu erinnern, daß der MacDonald-Plan für die Abtütung feinerzeit von allen Mächten als Diskussionsgrundlage angenommen worden ist.

Es ist grade jetzt, wo die deutsche Auffassung in London und Rom noch einmal mitgeteilt worden ist, von Bedeutung, an die deutsche Auffassung zu erinnern, wie sie der Reichsaussenminister in seiner Rede vor der Auslandspresse festgelegt hat. Aus dieser Rede ergab sich: Deutschland lehnt kein Waffenbrot ab, wenn es auf alle Wände Anwendung findet. Es verzichtet auf Munitionswaffen, wenn auch die Gegenseite verzichtet. Es fordert, daß Verteilungswaffen nicht Deutschland allein verboten werden dürfen. Es erklärt sich mit der systematischen Kontrolle einverstanden, wenn sich alle Staaten ihr unterwerfen.

## Was brachte Genf?

Nach der Abreise der deutschen Minister und der anderen zur Wiedereröffnung der Abtütungsverhandlungen in Genf gekommenen Vertreter der Großmächte fragt die öffentliche Meinung nach dem bisherigen Ergebnis. Wenn wir es auch erst mit einem Startzeit einer neuen Verhandlungsperiode zu tun haben — für den 16. Oktober ist nach dem bisherigen Programm der Beginn der weiteren Abtütungsarbeiten festgelegt, jedoch muß mit einer Verhinderung des Termins gerechnet werden — so sind doch bereits gewisse Feststellungen über die Fortschritt und die gestellten Ziele möglich. Wir laßen sie dahin zusammen:

1. An verschiedenen Vorbesprechungen mit England hat Frankreich eine Festlegung beider Mächte auf einen neuen Abtütungsplan angestrebt, der sich von dem MacDonald-Plan wesentlich entfernt. Seine Grundgedanken sind die Kontrolle und die Bewährungsfrist, ferner eine zeitliche Festlegung für die Erfüllung der Konvention auf insgesamt acht Jahre, das heißt auf zwei über je vier Jahre laufende Etappen. Die französische Politik ist leiders bemüht gewesen, England dafür zu gewinnen. Deshalb die dementsprechende Verabschiedung der Entscheidung hinsichtlich der zeitlichen Ausrichtung der Arbeit zu versagen. Es befehle der Eindruck, daß man in dieser Hinsicht sich eines weitgehenden Zugeständnisses verdacht hat.

2. Die französische Öffentlichkeit hat sich in lebhafter Weise mit der Frage der Einführung eines europäischen Wirtschaftssystems auf der Basis des Millizgebaltens auseinandergesetzt, wobei zwei Punkte vornehmlich diskutiert wurden: eine unter diesen Umständen notwendig werdende französische Seereserve, nach der Frankreich ein Meer von 200.000 Mann in Seematschbeit und ein gleich starkes in den Kolonien unterhalten dürfte, und ferner die quantitative Vermehrung der deutschen Reichswehr von 100.000 auf 200.000 Mann unter gleichzeitiger Abschaffung des jetzigen Systems der langjährigen Dienstverpflichtung. Die Auseinandersetzung innerhalb der französischen Presse trägt einen stark innerpolitischen Charakter.

3. An der Haltung der übrigen Großmächte ist eine nicht sehr durchsichtige, wie es scheint, vermittelnde Stellung Italiens und ein geringes Herabtreten der amerikanischen Politik festzustellen. Die neuerliche Klärung zwischen den beiden die Größe gegenüber dem Östlinger der Konferenz erkennen. Sie bedeutet insbesondere die Gründe für die Befriedigung der Auffassungen; See- und Landmächte vertreten verchieden gelagerte Interessen, ebenso die rein kontinental gebundene Macht und die Kolonialmacht, und nicht anders Sieger und Besiegte des Weltkrieges.

4. An der Haltung der übrigen Mächte ist die schon selbstverständliche Unterzeichnung der französischen Forderungen durch die Kleine Entente festzustellen. Die Konferenz in Genf ist befähigt, fast die Verbundenheit mit dem französischen Programm.

5. Außerdem war in Genf nicht nur zu beobachten. Nachdem es sich in letzter Zeit Frankreich in weitgehender Beziehung gehandelt hat, bleibt abzuwarten, ob hieraus eine Nüchternung auf die Haltung der Mächte der Kleinen Entente, in erster Linie Polens und Rumäniens, erkennbar wird.

6. Deutschland hat in ostentativer Weise seinen Friedenswillen und seine Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck gebracht. Es hat seine frühere Auffassung eines nun endlich zu befriedigenden Klärganges erneut wiederholt. Es sieht in dem MacDonald-Plan eine geeignete Grundlage für Verhandlungen, lehnt aber die Ausfertigung ab, daß erst eine Kontrolle und die Abtütung erfolgen soll. Die Frage der deutschen Politik lautet: Was soll denn kontrolliert werden, wenn sich in dem bisherigen Mütungsstand der europäischen Mächte nichts verändert? Es sieht die Verantwortung für die Konferenz auf der Gegenseite liegen, in erster Linie bei Frankreich.

Was hat Deutschland in der Hand? Es ist immer wieder der Rechtsanspruch zu betonen. Die deutsche Regierung ist heute aktionsfähiger als jemals zuvor. Zwar haben hinter die keine Millionen ausgebildeter Arbeiter, nicht Tausende von Flugzeugen und Tanks, nicht eine militärische Koalition, aber dafür ein anderer Faktor, eine Nation von 60 Millionen Menschen, deren Befreiung in dieser Frage natürlicher Lebensrechte unbestreitbar ist, denn anders wird das Abtütungsproblem in Deutschland nicht mehr aufgeklärt.

## Eine ernste Aussprache

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
LONDON, 6. OKTOBER

Der Gesandtschaftsträger der deutschen Botschaft, Fürst Bismarck, hat heute (wie bereits kurz gemeldet) im englischen Auswärtigen Amt vorgelesen und mit Außenminister Sir John Simon eine längere Unterredung gehabt. Fürst Bismarck hat auf Berliner Instruktionen hin den englischen Außenminister über die Berliner Abtütungsverhandlungen informiert.

Dieses über den genauen Inhalt der Unterredung werden von deutscher, noch von englischer Seite offiziell etwas vertraute, sei, wie man hört, der Aussprache ernste Bedeutung beizumessen. Es hat sich nicht darum gehandelt, präzisierter Gegenorschläge zu unterbreiten, vielmehr dürfte Fürst Bismarck dem deutschen Standpunkt in unerbittlicher Form dargelegt haben. Man spricht davon, daß dieserlei eine Milderung zur Diskussion des britischen Konventionentwurfs gewinnbar werden würde, daß andererseits Deutschland zu einer Anerkennung des Konventionstextes unter der Bedingung, daß quantitative und qualitative Mütungsleistungen Deutschlands am Ende der ersten vier Vertragsjahre gemäht würde, bereit wäre.

Der Zutritt des englischen Kabinetts ist jetzt offiziell auf Montag festgelegt. Sollte das Kabinett zu keiner anderen Entscheidung kommen, beschließt Sir John Simon am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche nach Genf ab zu reisen.

Ein John Simon hat heute nachmittag den französischen Botschafter und den italienischen Gesandtschaftsträger empfangen und mit ihnen seine Eindrücke über die Aussprache mit Fürst Bismarck ausgetauscht.

Am einer Aufstufungsbewertung der Konventionen Partei in Birmingham, die im Zusammenhang mit dem Parteitag veranstaltet wurde, hat heute auch der stellvertretende Premierminister Baldwin eine große politische Rede gehalten, in deren Verlauf er auch die englische Haltung in der Abtütungsfrage bekräftigte.

Es werde von England über keine andere Form der Abtütungskonvention verhandelt, und keine andere Konvention sei in Aussicht genommen als die englische. Die Station, die nach Unterzeichnung des Vertrages den Fuß brechen würde, werde keinen Freund in der Welt besitzen. Das gleiche gelte für jeden Staat, der das Zustandekommen eines Abtütungsvertrages bemüht verhindern würde, indem er Forderungen stelle, die nach einer Zeit annehmbar sein würden, die aber heute für die übrigen Signatarmächte unannehmbar seien.

## Pariser Besorgnisse

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
PARIS, 6. OKTOBER

Die Pariser Presse berichtet heute Abend von dem deutschen Schritt in Rom und London. Zunächst den Seiten der Berichte Hint libertarierkennend durch, daß man in Paris sich Rom und London gegenüber überlegen vorzuziehen.

Der „Temps“ äußert wieder keine Besorgnisse, in England könne man angesichts der deutschen Botschaften sich an der Aufstufung festzuhalten, ein grundsätzliches Abtütungsabkommen mit England für Deutschland sei trotz allem noch besser als vor kein Abkommen. Der „Temps“ greift die Versat wieder auf, Frankreich könne nur dann keine Mütungen vermindern, wenn die internationalen Mütungen überwacht und die Unterbreitung der Abtütungsbestimmungen unter Gunstionen gestellt sei.

Außenminister Paul-Boncour erst nun heute Abend doch, ohne die Abreise des englischen Außenministers abzuwarten, nach Genf zurück.

Der Parteitag der Radikal-Sozialen hinterläßt nach dem Verlauf der beiden ersten Tage nicht den Eindruck, als ob die Regierung Daladier Melade hätte, sich einseitigen neuen Sorgen zu machen. Offenbar hat er der Regierung einstimmig die Vertrauen zu ihrer bisherigen und künftigen Tätigkeit ausgesprochen, und heute hat sich die Aussprache streng daran gehalten, (schwerer und unrichtiger Fragen des Hausbaus und der künftigen Wirtschaftspolitik ausgetrieben.

## Der Eindruck in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
GENEVE, 6. OKTOBER

In Genfer Kreisen nimmt man an, daß die Verhandlungen über die neuen deutschen Mitteilungen erst in einiger Zeit beginnen werden, da sich die beteiligten Regierungen eine eingehende Prüfung des deutschen Standpunktes vorbehalten haben. Die am Montag beginnende Sitzung des Präsidiums der Abtütungskonferenz soll bestat nur von kurzer Dauer sein und wird nur mehr rechtliche Charakter haben. Die künftigen Verhandlungen werden, nach bisheriger Beurteilung, erst mit dem Beginn der Abtütungskonferenz am 16. Oktober selbst einfallen, falls nicht von der englischen oder französischen Regierung wiederum eine kurzfristige Verberückung der Konferenz für notwendig angesehen wird.

Unsere vierte Seite

Arbeitsämter ohne Arbeitslose — Ostpreußen im Herbst